

ZBB 2004, 322

WpHG § 37d Abs. 4; BGB §§ 278, 166 Abs. 1

Zurechnung von Vertreterkenntnis bei Aufklärung über Börsentermingeschäfte

OLG Karlsruhe, Urt. v. 02.12.2003 – 17 U 44/03, NJW-RR 2004, 776

Leitsätze:

- 1. Der durch das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz vom 21. Juni 2002 eingeführte § 37d Abs. 4 WpHG ist auf Vorgänge aus dem Jahr 1994 nicht anwendbar.**
- 2. Die Sachkunde des Vertreters – hier über die Risiken von Börsentermingeschäften – muss sich der Vertretene nach den Grundsätzen über den Missbrauch einer Vollmacht nicht zurechnen lassen, wenn der Vertragspartner weiß, dass der Vollmachtgeber aufklärungsbedürftig ist und der Bevollmächtigte seine Kenntnisse nicht weitergeben wird.**